

Politischer Hintergrund

Der globale Konsens zu Umweltfragen – insbesondere was den Klimawandel und seine Risiken anbelangt – wächst allmählich, wobei der Schwerpunkt auf Unsicherheiten in Bezug auf Ressourcen, klimatischen Veränderungen, sozialen Verwerfungen und hohen wirtschaftlichen Kosten liegt. Das Bewusstsein für die unterschiedlichen Auswirkungen von Umweltproblemen auf Frauen und Männer sowie die Art und Weise, in der geschlechtsspezifische Ungleichheiten die Fähigkeit von Frauen zur Reaktion auf diese Gefahren unterminieren, nimmt zu. Dies wird durch Hinweise auf die unterschiedlichen Konsumgewohnheiten von Frauen und Männern verstärkt.

Klimaschutz in der EU im Allgemeinen

Durchführung von Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, nachhaltiger Verkehr und Kohlenstoffabscheidung und -speicherung sowie Vorreiterrolle bei internationalen Übereinkommen zum Klimaschutz.

Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union (Juni 2012)

- Hervorhebung der dringenden Notwendigkeit zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung bei Entscheidungsprozessen im Bereich des Klimaschutzes, insbesondere in den Sektoren Verkehr und Energie.
- Betonung, dass geschlechtsspezifische Vorurteile und Stereotype dazu beitragen, eine geschlechtsspezifische Segregation des Bildungssystems und Arbeitsmarktes zu festigen, einschließlich der Bereiche einer umweltfreundlichen Wirtschaft, die für den Klimaschutz am wichtigsten sind (z. B. Verkehr und Energie).

Europäisches Parlament (2007-2012)

- Fordert die Kommission und den Rat auf, dafür Sorge zu tragen, dass Maßnahmen zum Klimawandel keine negativen Auswirkungen auf die Geschlechtergleichstellung aufweisen, und den Gleichstellungsaspekt durchgängig in der Klimapolitik zu berücksichtigen.
- Schlägt eine Ökologisierung der Wirtschaft vor und fordert Forschungsarbeiten zu ihren Auswirkungen auf Frauen und ihre Rolle beim Wandel.

Europäische Kommission

Betrachtet Energie und Verkehr als prioritären Bereich (COM(2013) 216 final).

Die strategischen Ziele der PAP und die Indikatoren der EU

- K.1.** Aktive Einbeziehung von Frauen in den umweltpolitischen Entscheidungsprozess auf allen Ebenen
- K.2.** Einbeziehung geschlechtsbezogener Belange und Perspektiven in Politiken und Programme zur Verwirklichung einer bestandsfähigen Entwicklung
- K.3.** Stärkung beziehungsweise Einführung von Mechanismen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Bewertung der Auswirkungen der Entwicklungs- und Umweltpolitik auf Frauen

Die Indikatoren in diesem Problembereich wurden vor Kurzem nach einer Initiative des dänischen EU-Ratsvorsitzes entwickelt. Da Umweltprobleme für die Situation von Frauen von Belang sind, konzentrieren sich diese Indikatoren auf den Einfluss von Frauen auf wichtige Entscheidungsprozesse im Bereich des Klimawandels und insbesondere des Klimaschutzes. Des Weiteren wird der Anteil von Frauen und Männern in den Bereichen Naturwissenschaften und Technologien bewertet sowie die geschlechtsspezifische Segregation bei der Wahl der Ausbildung analysiert. Indikatoren zum zweiten und dritten strategischen Ziel des Bereichs K der PAP sind noch nicht verfügbar. Somit müssen diese Ziele – nach denen eine bessere Integration des Gleichstellungsaspekts in Umweltpolitiken und -programme erforderlich ist – noch angegangen werden.

Die vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) entwickelte Datenbank – „Women and men in the EU – facts and figures“ – liefert die neuesten Daten und Informationen zu diesen Indikatoren. Sie ist unter folgender Adresse abrufbar: <http://eige.europa.eu/gender-statistics/women-and-men-in-the-eu-facts-and-figures>

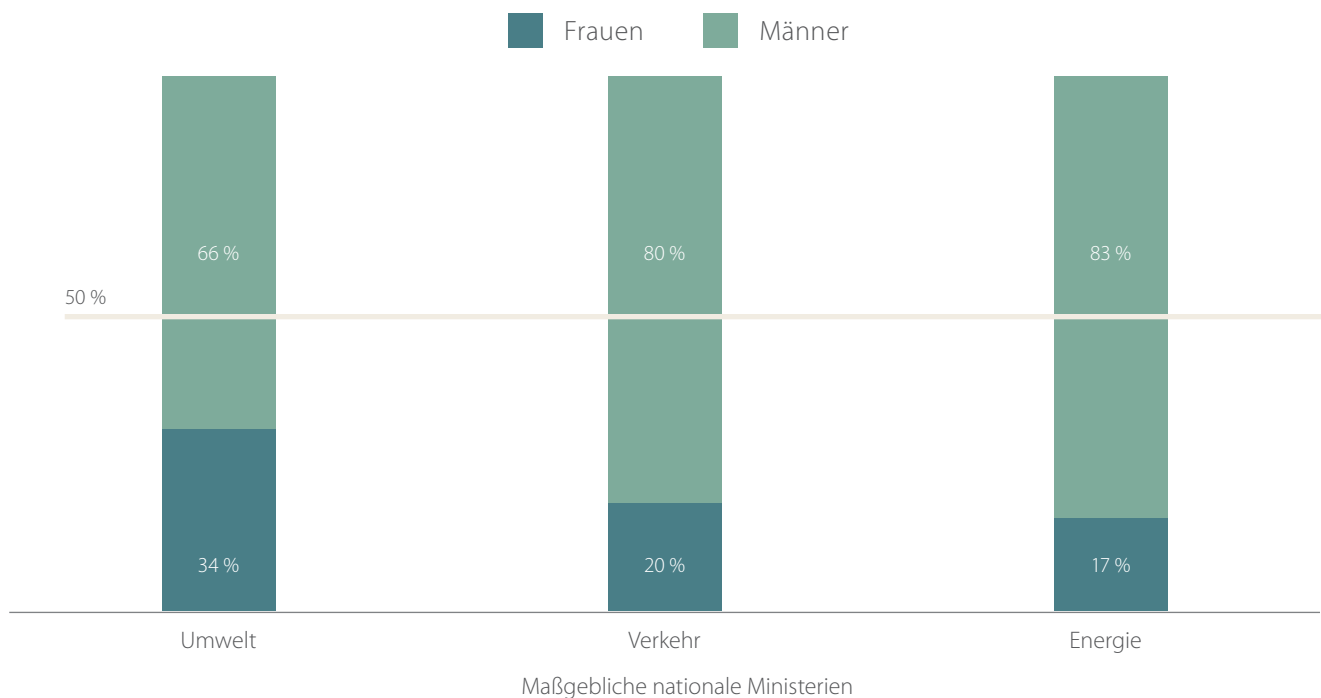
Aus den EU-weiten Daten gewonnene Erkenntnisse

Langsame Fortschritte bei der Einbeziehung von Frauen in umweltpolitische Entscheidungsprozesse

Die Einbeziehung von Frauen in umweltpolitische Entscheidungsprozesse ist nicht nur ein demokratisches Gebot, sondern auch bei der Bewertung der Auswirkungen von Umweltpolitiken und -programmen auf Frauen und Männer von wesentlicher Bedeutung. Die Mehrheit der Entscheidungsträger in der EU in diesem Bereich sind



PROZENTUALER ANTEIL DER FRAUEN IN HOCHRANGIGEN POSITIONEN IN NATIONALEN MINISTERIEN, 2011



Quelle: EIGE, Gleichstellung und Klimawandel, 2012

Männer, und die leitenden Positionen in den für den Klimawandel zuständigen nationalen Ministerien sind männerdominiert. Insgesamt besetzten Frauen 2013 19 % der hochrangigen Ministerposten und stellten 34 % der leitenden Verwaltungsfachkräfte in den für Umwelt, Energie und Verkehr zuständigen Ministerien in der EU.

Frauen gelingt es häufiger, Spitzenpositionen im Umweltbereich zu erreichen als in den Sektoren Energie und Verkehr. 2011 waren Frauen am stärksten in Umweltministerien vertreten und hatten etwa ein Drittel der Führungspositionen in den Ministerien inne (34 %).

Entsprechend sind Frauen in EU-weiten Klimateinrichtungen nach wie vor unterrepräsentiert. 2013 hatten Frauen etwa ein Viertel (27 %) der Entscheidungspositionen in den maßgeblichen Generaldirektionen der Europäischen Kommission inne.

In den klimabezogenen Ausschüssen des Europäischen Parlaments (2010-2014) sind Frauen offenbar stärker vertreten: Sie stellen 38 % der Mitglieder der einschlägigen Ausschüsse und sind im Umweltbereich am stärksten vertreten, wobei sich ihr Anteil im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit auf 49 % beläuft.

Die Wirkung der „gläsernen Decke“ hält offenbar sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene mit einem proportionalen Rückgang des Frauenanteils in den obersten Führungspositionen weiter an.

Mehr Frauen an Entscheidungsprozessen zum Klimawandel auf internationaler Ebene beteiligt

In den wichtigsten Klimainstitutionen der Vereinten Nationen waren die größten Fortschritte bei der Förderung der

Gleichstellung zu verzeichnen, insbesondere in den nachgeordneten Gremien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, in denen der Frauenanteil zwischen 2009 und 2012 kontinuierlich gestiegen ist.

Auch in den Delegationen der VN-Konferenz der Parteien war in den letzten fünf Jahren ein Anstieg des Frauenanteils zu verzeichnen, wenn auch in geringerem Umfang: von 36 % (2004-2008) auf 39 % (2008-2012).

Männer sind bei technologiebezogenen Bildungsabschlüssen immer noch in der Mehrheit

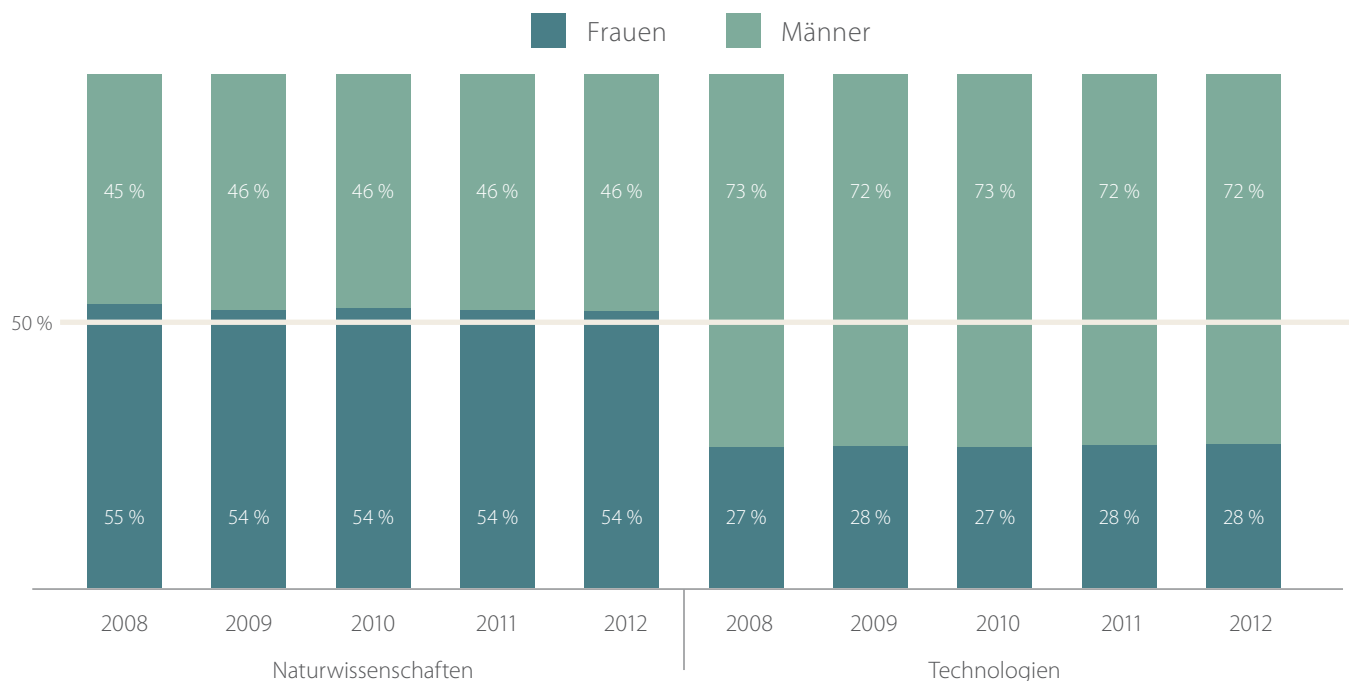
Für eine Karriere in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr sind üblicherweise sieben Fachrichtungen maßgeblich, die als Naturwissenschaften (Natur- und Biowissenschaften) oder Technologien (Ingenieurwesen und technische Berufe; Herstellung und Verarbeitung; Architektur und Bauwesen; Verkehrsdienstleistungen und Umweltschutz) kategorisiert werden. EU-weit besteht eine ausgewogene Beteiligung der Geschlechter in den Naturwissenschaften, obwohl Männer bei technologiebezogenen Abschlüssen nach wie vor die Mehrheit stellen.

Gestützt auf die Annahme, dass für den Zugang zu Arbeitsplätzen in umweltbezogenen Bereichen eine Qualifikation in den vorstehend genannten Fachrichtungen erforderlich ist, haben Frauen wenige bzw. begrenzte Chancen beim Zugang zu einer entsprechenden Beschäftigung und beim Weiterkommen in diesen Sektoren. 2010 stellten Frauen nur ein Fünftel (22 %) der Beschäftigten in den Sektoren Energieversorgung, Verkehr und Lagerung in der EU.

Bildungsabschlüsse sind möglicherweise nicht die einzigen Hindernisse für die Beteiligung und das Fortkommen von Frauen in den Sektoren Energie und Verkehr. Zu den weiteren Faktoren zählen fortbestehende Geschlechter-



PROZENTUALER ANTEIL DER FRAUEN MIT HOCHSCHULABSCHLÜSSEN IN NATURWISSENSCHAFTEN UND TECHNOLOGIEN, 2008-2012



Quelle: Eurostat, Bildungsstatistiken

stereotype, die Notwendigkeit einer umfassenden Reise-tätigkeit sowie ein für Frauen ungünstiges Arbeitsumfeld.

Dennoch kann angenommen werden, dass Aus- und Weiterbildung im Bereich der Technologien eine Beschäftigung in diesen Sektoren erleichtert. Somit ist die Unterrepräsentation von Frauen in diesen Studiengängen ein Hindernis für die Strategie Europa 2020, die darauf abzielt,

die Segregation zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Des Weiteren ist dadurch das Erreichen der Ziele der Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015 gefährdet, in der die Segregation im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt als entscheidende Ursache für das geschlechtsspezifische Lohngefälle benannt wird.

Hilfreiche Initiativen

Von den Mitgliedstaaten werden **unterschiedliche Ansätze für die Integration von Gleichstellungsaspekten in umweltpolitische Entscheidungsprozesse** zugrunde gelegt. Im Rahmen des österreichischen Klimaprogramms wurde die aktive Einbeziehung von Frauen in umweltpolitische Entscheidungsprozesse und die Integration der Gleichstellungsperspektive gefördert. In Österreich führt die Stadt Wien seit mehr als 20 Jahren Planungen unter Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts durch, und gleichstellungsorientierte Fragen sind gut in die Stadtplanung integriert. In Deutschland wendet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) das Leitprinzip der Gleichstellung der Geschlechter sowohl innerhalb der Behörde selbst als auch bei Finanzierungsprojekten über Beteiligungen an.

Litauen berichtet von einer **verstärkten Anwendung des Gender-Mainstreamings**. Seit 2003 wird dort in den nationalen Programmen für Chancengleichheit von Frauen und Männern das Thema Frauen und Umwelt berücksichtigt. Dies umfasst die Förderung einer Zusammenarbeit zwischen NRO im Wege der Einbeziehung von Gleichstellungsfragen in Umweltprojekte und über staatlich getragene Umweltprogramme, einschließlich der Möglichkeit, gleichermaßen von den Ergebnissen dieser Projekte zu profitieren. In Slowenien wurden im Rahmen des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 systematisch die Chancengleichheit und der Zugang zu allen Maßnahmen gefördert. Anschließend wurde ein neuer Plan zur Entwicklung des ländlichen Raums für 2014-2020 angenommen, mit dem Nachhaltigkeitsziele verfolgt werden. Im Rahmen von Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung sollen der Lebensstandard verbessert und die Geschlechtergleichstellung gefördert werden. In der Tschechischen Republik entwickelte das Ministerium für Umwelt 2010 ein Konzept zur Einbeziehung der Gleichstellungsperspektive in Projekte und Pläne mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, wie Baupläne, städtische Grünanlagen oder Beförderungsleistungen, wie etwa die Entsorgung und Verhinderung eines Auslaufens von Stoffen, die eng mit der Gesundheit von Frauen in Verbindung stehen.



FORTSCHRITTE UND HINDERNISSE IM BEREICH K: FRAUEN UND UMWELT

FORTSCHRITTE

- Der Anteil der Frauen in Entscheidungspositionen im Umweltbereich und in internationalen Delegationen der nachgeordneten Gremien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen ist gestiegen.
- Der Anteil der Frauen mit umweltbezogenen Studienabschlüssen und Berufen hat zugenommen.
- Die Diskussionen über die Beziehungen zwischen Klimawandel und Gleichstellung werden hervorgehoben.
- Die Mitgliedstaaten zielen auf eine Steigerung des Frauenanteils in naturwissenschaftlichen und technologischen Ausbildungsgängen.

HINDERNISSE

- Globale Herausforderungen wie der Klimawandel betreffen Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise.
- Frauen sind in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen (national, europäisch und international) unterrepräsentiert.
- Frauen sind bei allen umweltbezogenen Bildungsabschlüssen und insbesondere bei Bildungsabschlüssen, Berufen und politischen Positionen in den Bereichen Energie und Verkehr unterrepräsentiert.
- Die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in der Umweltpolitik gestaltet sich schwierig, und Gleichstellungsziele werden nur selten in Umweltstrategien aufgenommen.
- Das Verständnis von geschlechtsspezifischer Energieproduktion und geschlechtsspezifischen Verbrauchsmustern ist unzureichend.

Künftiges Vorgehen für die EU

- Entwicklung eines besseren Verständnisses der Beziehung zwischen Gleichstellung und Umwelt, um die Auswirkungen von Umweltpolitiken oder -programmen auf Frauen und Männer zu erfassen.
- Wirksames Gender-Mainstreaming bei der Reaktion auf globale Herausforderungen (z. B. Klimawandel, grünes Wachstum).
- Anerkennung, dass Frauen möglicherweise anfälliger für Klimaänderungen sind, sowie spezielle Berücksichtigung der Auswirkungen auf Frauen, die Minderheiten angehören.
- Gewährleistung der Berücksichtigung der Geschlechterdimension bei Politiken, indem die Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen ausgewogen ist und den Bedürfnissen und Beiträgen von Frauen Rechnung getragen wird.

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist das EU-Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen. Das EIGE unterstützt politische Entscheidungsträger und alle relevanten Einrichtungen in ihren Bemühungen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa und darüber hinaus, indem es spezifisches Fachwissen sowie verlässliche und vergleichbare Daten zur Gleichstellung in Europa bereitstellt.

Weitere Informationen: <http://eige.europa.eu>

Das Ressourcen- und Dokumentationszentrum (RDC) des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist ein innovatives und praktisches Instrument, das dabei hilft, wichtige Ressourcen zur Geschlechtergleichstellung zu finden, den Austausch von Wissen unter den an der Gleichstellungspolitik und -praxis interessierten Personen erleichtert und einen Online-Bereich für Diskussionen und Debatten bietet.

Weitere Informationen: <http://eige.europa.eu/content/rdc>



Kontakt:

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
Gedimino pr. 16, LT-01103 Vilnius, LITAUEN
Tel. +370 521574-44/00

facebook.com/eige.europa.eu



twitter.com/eurogender



youtube.com/eurogender



<https://eurogender.eige.europa.eu>



ISBN 978-92-9218-563-3

doi:10.2839/1885

MH-04-15-022-DE-N